

Name: Karl-Heinz Brunner

Alter: 68

**Beruf: Mitglied des Bundestages,
Bürgermeister a.D.,
selbstständiger Wirtschaftsberater,
Verwalter und Rechtsdienstleister**

Wohnort: Illertissen

Partei: SPD (1982)



1. In medialen, gesellschaftlichen und politischen Debatten empfinden wir Landwirte, dass wir oft als Schuldige für alles hingestellt werden. Wie stehen Sie dazu? Was tun Sie, um hier Vorurteile abzubauen?

In allen Bereichen unserer Gesellschaft sind manchmal Änderungen nötig, so auch in der Landwirtschaft. Über solche Änderungen wird oft sehr emotional debattiert und das muss auch nichts Schlechtes sein. Aber es stimmt leider, dass Landwirte oft Vorurteilen ausgesetzt sind. Das Problem ist, dass viel zu viel übereinander als miteinander geredet wird. Daher ist es das Wichtigste, den Dialog zu suchen, persönliche Gespräche zu führen, immer ein offenes Ohr zu haben und zuzuhören. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man so gemeinsam Lösungen finden und sich auch gegenseitig respektieren kann, selbst wenn man unterschiedliche Meinungen hat. Wichtig ist, dass wir alle uns bewusst sind, dass wir gemeinsam für diese Erde Verantwortung tragen. Ich bin viel im Wahlkreis unterwegs und spreche Leute an. Auch dem Bauernverband und allen Bäuer*innen stehe ich immer gerne persönlich für Gespräche zur Verfügung. Im Zweifel einfach bei mir melden (0731-7254269)!

2. Bei uns besteht der Eindruck, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Tierhaltung sehr am gesellschaftlichen Mainstream orientieren. Wie stellen Sie sich eine praxistaugliche Umsetzung vor?

Die gesellschaftliche Bewertung der Tierhaltung hat sich verändert, Tiere werden nicht mehr rein als Ware betrachtet. Das Tierwohl muss im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, wenn es um die Entwicklung des Sektors geht. Deshalb brauchen wir eine neue Vision von der Zukunft der Nutztierhaltung, die sich am Tierwohl orientiert und nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit sowohl wirtschaftliche und als auch ökologische Aspekte berücksichtigt. Einfluss auf den Umbau in der

Tierhaltung haben Politik, Verbraucher*innen, der Lebensmitteleinzelhandel, die verarbeitende Industrie und natürlich auch die Landwirtschaft als Produzent. Es liegt deshalb in der Verantwortung der Politik, einen breiten gesellschaftlichen Konsens unter Beteiligung dieser Gruppen herzustellen, damit wir dem Staatsziel Tierschutz verlässlich über Legislaturperioden hinweg in der Nutztierhaltung gerecht werden können. Die Borchert-Kommission hat dabei bereits gute Ansätze erarbeitet.

3. Die immer stärker ausufernde Bürokratie raubt unseren Landwirten die Zeit, sich auf das Wesentliche – nämlich Tierhaltung, Pflanzenbau und Management – zu konzentrieren. Was tun Sie dafür, hier eine Kehrtwende einzuleiten?

Ein sehr wichtiger Ansatz zur Erleichterung ist die Digitalisierung. Sowohl die Datenerfassung, als auch der Datenaustausch unter den Behörden, erleichtert den Bäuer*innen den Umgang mit Anträgen und Behördengängen.

4. Das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem (SVLFG) trägt zu einer umfassenden Absicherung unserer bäuerlichen Familien bei und ist europaweit einzigartig. Allerdings verursacht der agrarstrukturelle Wandel leider auch eine Erosion der aktiven Beitragszahler. Daher bedarf es dauerhaft der Gewährung von Bundesmitteln, um die notwendigen Ausgaben zu decken. Wie stehen Sie zum Erhalt dieses eigenständigen sozialen Sicherungssystems?

Wir wollen gerechte Löhne für die Arbeitnehmer*innen, auch in der Land- und Ernährungswirtschaft und fordern deshalb einen angemessenen Mindestlohn. Landwirt*innen und ihre Familien sollen von ihrer Arbeit gut leben können und für ihre Tätigkeit die Wertschätzung der Gesellschaft erfahren. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Lebensmittel bei gleichzeitiger Entlohnung der von unseren Landwirtschaftsbetrieben erbrachten Gemeinwohlleistungen. Die SPD hat die Landwirtschaftlichen Alterskassen eingeführt, das System wurde mehrmals reformiert und wir wollen es weiter stärken und erweitern. Gleichwohl ist es zwingend erforderlich eine generelle Debatte über die Zukunft des Agrarsozialen Systems zu führen. Die Reformdiskussion gründet sich u.a. im stattfindenden agrarstrukturellen Wandel, in der altersmäßigen Veränderung der Gesellschaft (demografischer Wandel), in der Ausgabenstruktur sowie in einer stärkeren Betonung des präventiven Charakters insbesondere in der Landwirtschaftlichen Kranken- und Unfallversicherung.

5. Biobetriebe leisten gute Arbeit. Konventionelle Betriebe leisten gute Arbeit. Dennoch werden sie in der öffentlichen Diskussion ständig gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dafür, dass diese Schwarz/Weiß-Debatte endlich aufhört?

Durch die Debatten der letzten Jahre, sei es zu Insektensterben, Überdüngung und Massentierhaltung, hat sich in der deutschen städtischen Gesellschaft der Stellenwert der Landwirtschaft insbesondere gegenüber Biobetrieben erheblich zum positiven entwickelt. Ich bin überzeugt davon, dass die kritischen Auseinandersetzungen mit diesen Themen wieder ein Bewusstsein der Menschen entwickelt hat, wie ihre Lebensmittel produziert werden. Ebenso glaube ich, dass die Wertschätzung des Produktes bei Vielen dadurch gestiegen ist. Ich werde mich dafür einsetzen, in unserer Region eine Plattform für einen Dialog auf Augenhöhe zu schaffen. Wenn Betriebe die Produktionsstandards einhalten, sollte es keinen Grund für Spannungen geben.

6. Das Thema Pflanzenschutz wird emotional diskutiert. Wenn Landwirte keine großen Ernte- und Qualitätsverluste einfahren möchten, dann ist der Schutz der Kulturen aber vonnöten. Was tun Sie dafür, eine Versachlichung der Debatte zu erreichen?

In Deutschland steht der Natur-, Arten- und Gewässerschutz vor großen Herausforderungen. In der Agrarpolitik besteht dringender Handlungsbedarf, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln muss nachweislich reduziert werden. Dazu setzen wir insbesondere auf gezielte (finanzielle) Anreize, beispielsweise für die Anschaffung neuer Technik, dem freiwilligen Verzicht und der verstärkten Nutzung von resistenten Sorten, aber auch die Steigerung des Anteils ökologisch wirtschaftender Betriebe. Durch die Reduktion von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wollen wir Gewässer-, Boden-, und Luftverschmutzung reduzieren und die bestehende Biodiversität schützen. Das nutzt uns in der Zukunft allen.

7. Die deutsche Politik setzt die Produktionsstandards für die heimischen Landwirte immer weiter nach oben. Gleichzeitig drängen über die offenen Märkte billig produzierte Güter aus dem Ausland in die deutschen Regale (Stichwort Flüssig-Ei und Eier aus Käfighaltung). Wie wollen sie die heimischen Landwirte in diesem Spannungsfeld wettbewerbsfähig halten? Und wie wollen Sie das für andere Erzeugnisse verhindern?

Wer sich für Tierschutz, Umweltschutz und gute Sozialstandards einsetzt, darf nicht benachteiligt werden. Um eine unfaire Konkurrenz durch Importe aus Drittstaaten zu verhindern, brauchen wir gute Freihandelsabkommen, mit denen die europäischen Tierschutz-, Umwelt- und Verbraucherstandards eingehalten werden. Das in Europa geltende Vorsorgeprinzip ist aus unserer Sicht ein unverzichtbarer Bestandteil von Freihandelsabkommen, die über effektive, rasch wirkende Beschwerde- und Sanktionsmechanismen verfügen müssen.

8. 50 Prozent der schwäbischen Milchbauern halten ihre Kühe in Anbindehaltung. Wie stehen Sie zu einem generellen Verbot dieser Haltungsform? Trauen Sie sich, dafür auch öffentlich Ihre Stimme zu erheben?

Wie oben schon betont, muss das Tierwohl bei politischen Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden. Die Anbindehaltung führt zu vermeidbarem Tierleid, weswegen die SPD diese Haltungsform überwinden will. Diese Entwicklung ist durch das gestiegene Interesse der Gesellschaft am Tierwohl ohnehin nicht aufzuhalten. Schon jetzt nehmen viele Molkereien keine Milch von Produzenten mehr an, die auf Anbindehaltung setzen.

Bei dieser notwendigen Veränderung wollen wir die Landwirt*innen finanziell unterstützen. Die SPD möchte die Subventionierung der Landwirtschaft generell an Gemeinwohlleistungen wie Klima-, Umwelt-, Natur- oder Tierschutzmaßnahmen binden und nicht pauschal an die Flächenbewirtschaftung. Deshalb fordern wir, die GAP-Mittel (insbesondere aus der ersten Säule) stärker umzuschichten, um Tierwohlmaßnahmen zu subventionieren. Bei allen Fördermaßnahmen im Stallbau müssen hohe Tierwohl-Kriterien Bedingung sein. Deshalb wollen wir den Bau von intelligent gestalteten Ställen unterstützen. Hierdurch werden die Anforderungen des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes sowie ein hohes Tierwohlniveau und die Arbeitsbedingungen und Gesundheit der Tierhalter*innen gleichermaßen beachtet. Mit einem einheitlichen Prüf- und Zulassungsverfahren für Ställe und technische Stalleinrichtungen wollen wir langfristig planungssichere Standards für die Landwirt*innen schaffen.

9. Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen durch Wohn-, Gewerbe- und Infrastrukturbau schreitet in Bayern und in ganz Deutschland stetig voran. Die Forderung nach einer nachhaltigen, regionalen Lebensmittelversorgung, nach Biodiversität und Artenschutz steht dazu in krassem Widerspruch. Welche Ansätze sehen Sie, diese massiven Konflikte aufzulösen?

Gerade vor dem Hintergrund des Klimaschutz und der klimaneutralen Landwirtschaft behalten wir das Thema der Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen im Auge. Wir halten eine Verlängerung des § 13b des Baugesetzbuches für falsch. Die SPD ist nicht glücklich damit, dass ein beschleunigtes Verfahren am Ortsrand erleichtert wurde und wir teilen die Befürchtung von Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden, dass die Verlängerung die Versiegelung weiterer Flächen begünstigt. Diese Regelung war ursprünglich bis Ende 2019 befristet, nun soll sie bis 2022 gelten, das haben CDU/CSU leider durchgesetzt.

10. Warum soll ein Bauer / eine Bäuerin SIE wählen?

Weil ich von hier bin, weiß, was in der Landwirtschaft abgeht und man mit mir immer reden kann. Die SPD, weil wir gemeinsam mit Ihnen schaffen wollen, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt hat die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Lebensmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie müssen auch den Landwirt*innen ihre Lebensgrundlage sichern. Dies geht nur mit fairen Preisen für hochwertige Nahrungsmittel. Wir werden im Lebensmittelhandel unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben. Wir setzen uns für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Land- und Fortwirtschaft ein. Der Boden, als wichtigstes Gut in der Landwirtschaft, steht den selbst wirtschaftenden Betrieben vor Ort zu. Er darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir werden ihn vor Investoren ohne Agrarbezug schützen.

11. Gibt es eine Botschaft, die Sie an unsere Landwirtschaftsfamilien richten wollen?

Halten Sie an Ihren Traditionen fest, nur gemeinsam mit Ihnen können wir in eine gute Zukunft gehen. Denn ohne qualitativ hochwertige, regionale, von unseren Landwirtschaftsfamilien produzierte Nahrungsmittel, können wir die Zukunft nicht meistern. Wir brauchen Sie und Sie wissen, dass Sie auf mich zählen können. Passen Sie auf unsere Landschaft auf, unser Land ist so schön, nur weil Sie die Kulturlandschaft pflegen.